

6. Bezirk – Mariahilf

**Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2023**

Sanierungsmaßnahmen, Verbesserung der Gehsteigsituation, Begrünung und Attraktivierung Königseggasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum und der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. März 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 46, MA 28) zu ersuchen im Zuge der notwenigen Sanierungsmaßnahmen eine Optimierung der Verkehrssicherheit insbesondere der Gehsteigsituation in der Königseggasse ab der Otto-Bauer-Gasse bis zur Esterhazygasse, sowie Begrünungsmöglichkeiten und eine attraktivere Gestaltung zu prüfen und umzusetzen.

Der Fokus soll auf mehr Gehwegs- und Verkehrssicherheit vor allem für Fußgeher*innen liegen. Demnach soll eine Anpassung des angegebenen Bereichs auf die hohe Frequenz hergestellt werden. Weiters soll unter Einbeziehung und Information an die direkt betroffenen Bürger*innen auch die Möglichkeit für zusätzliche Begrünung bzw. Baumpflanzungen geprüft werden und eine generelle Attraktivierung des Straßenabschnitts erzielt werden.

Begründung

Laut MA 28 sind im angeführten Bereich Straßensanierungsarbeiten demnächst erforderlich. Die Intention dieses Antrages ist es in Vorbereitung dieser Maßnahmen eine Überprüfung, Neubewertung und Anpassung, sowie im Zuge der Sanierung eine attraktivere, dem Nutzungsverhalten und Platzbedarf gemäße Umgestaltung zu veranlassen.

Da die Königseggasse in diesem Abschnitt kaum Begrünung aufweist, soll die Straßensanierung und Neugestaltung auch in Hinblick auf die Notwendigkeiten der Klimawandelanpassung eine Überprüfung erfahren und Begrünungs- bzw. Bepflanzungspotenziale aufgezeigt und umgesetzt werden. Da aufgrund der Lage keine Hitzeinseln verortbar sind, aber ein großer Mangel an Biodiversität besteht, soll hier ein möglicher Schwerpunkt gesetzt werden.

Objektstudie Mollardgasse 8

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der „Die Wiener Volkspartei Mariahilf“ und der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. März 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál zu ersuchen, der Bezirksvertretung die Ergebnisse der Objektstudie zum Thema barrierefreie Erschließung in Bezug auf die Liegenschaft Mollardgasse 8 zu übermitteln.

Begründung

ÖVP Mariahilf und SPÖ Mariahilf haben in einem gemeinsamen Antrag Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál ersucht, den Eingangsbereich des Gebäudes Mollardgasse 8 so zu gestalten, dass auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen in dieses Gebäude gelangen können. Das Gebäude beinhaltet u.a. das Mariahilfer Bezirksmuseum, der Antrag wurde einstimmig angenommen. In der Beantwortung vom 30. November 2021 kündigte Gaál eine Objektstudie zum Thema barrierefreie Erschließung an, deren Ergebnisse Ende 2022 vorliegen sollten.

Maria Blazej

Entfernung der Telefonzelle Kreuzungsbereich Gumpendorfer Straße/Worellstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 28, etc.) zu ersuchen, die Möglichkeit zu prüfen, die Telefonzelle im Kreuzungsbereich Gumpendorfer Straße/Worellstraße zu entfernen.

Begründung

Die Telefonzelle im Kreuzungsbereich Gumpendorfer Straße/Worellstraße ist offensichtlich nicht mehr in Betrieb (siehe Foto). Die Telefonzelle scheint aufgrund ihrer Bauart nicht unbedingt für eine Umnutzung geeignet und die Entfernung würde diesen Gehsteigbereich sowie die unmittelbar dahinter befindlichen Sitzgelegenheiten aufwerten.

Generell sollte in Mariahilf die Befreiung der Gehsteige von – insbesondere nicht mehr benötigten - Fahrnissen angestrebt werden.

Anhang



Errichtung von Sitzgelegenheiten an der Kreuzung Morizgasse/Mollardgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 28, etc.) zu ersuchen zu prüfen, ob die Aufstellung von Sitzgelegenheiten an der Kreuzung Morizgasse/Mollardgasse im Bereich der Pflanzenbeete möglich ist.

Das Ergebnis soll der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

Da die Gestaltung der Kreuzung Morizgasses/Mollardgasse nun fertiggestellt ist, würde die Aufstellung von Sitzgelegenheiten im Bereich der vier neu angelegten Pflanzenbeete diesen Raum noch wesentlich attraktiver machen und den vielen Fußgängern Möglichkeit zur Rast bieten.

Anhang



Elisabeth KATTINGER

Sandro Beer

Attraktivierung des Eingangsbereiches zum Alfred-Grünwald-Park

Die unterzeichnenden Bezirksräatinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 42, MA 28, etc.) zu ersuchen, Vorschläge zur Attraktivierung des stadtauswärts an der Linken Wienzeile gelegenen Eingangsbereiches zum Alfred-Grünwald-Park (Bepflanzung, Abgrenzung durch Wiener Gitter, etc.) zu erarbeiten.

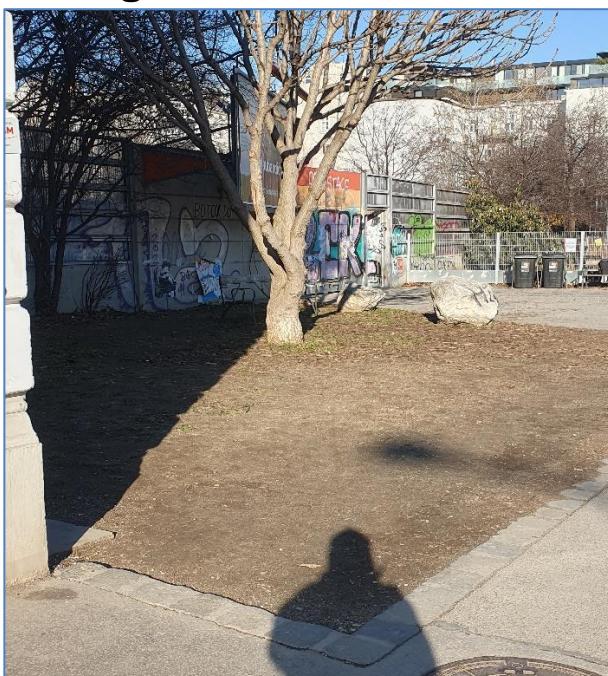
Das Ergebnis soll der Kommission Miteinander leben, lernen vorgelegt werden.

Begründung

Die vor dem stadtauswärts gelegenen Ein-/Ausgangsbereiche des Parks befindliche Erdfläche ist äußerst unansehnlich und nicht als Grünfläche zu bezeichnen. Eine attraktive Gestaltung durch entsprechende Bepflanzung (z.B. durch Gräser, etc.) und ggf Umzäunung durch ein Wiener Gitter würde diesen Bereich wesentlich einladender machen und dem Park auch einen würdigen Vorplatz geben.

In Mariahilf soll jede Gelegenheit zu attraktiver Begründung genutzt und dadurch die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und das Klima verbessert werden.

Anhang



Reinigung Durchgang Sonnenuhrgasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. März 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál zu ersuchen, sich bei Wiener Wohnen dafür einzusetzen, dass der Durchgang zwischen der Sonnenuhrgasse und der Liniengasse gereinigt wird.

Begründung

Im Rahmen des Umweltausschusses vom 30. November 2022 wurden die Schwerpunkte der Waste Watcher im Bezirk diskutiert. Dabei haben die anwesenden Vertreter darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit für den Durchgang zwischen der Sonnenuhrgasse und der Liniengasse bei Wiener Wohnen liegt (siehe Protokoll anbei). Die regelmäßige Reinigung sollte dabei sowohl den Fußweg als auch den Spiegel umfassen.

Anhang

- .) Bürgerspitalgasse/Liniengasse/Sonnenuhrgasse –Probleme mit Hundekot, der Fußweg beim Durchgang Sonnenuhrgasse ist im Zuständigkeitsbereich von Wiener Wohnen. Wiener Wohnen hat eine eigene Reinhaltetruppe.

Veronika Zimmermann

Reinigung Aufzugsanlage

Die unterzeichneten Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. März 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 29, MA 34) zu ersuchen, den Aufzug, insbesondere die Türe der Aufzugsanlage in der Stiegengasse (Ausgang Windmühlgasse) zu reinigen.

Begründung

Die ÖVP Mariahilf hat die Verunreinigung seit Dezember 2022 mehrfach per SagsWien-App gemeldet, bis dato ohne Erfolg. Durch die Entfernung soll die Aufzugsanlage insgesamt wieder attraktiver gestaltet werden.

Anhang



Maria Blazej



Citybus Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. September 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, aufgrund der verlängerten Sperre der U2 die Wiener Linien aufzufordern, einen eigenen Busersatzverkehr zu realisieren und diesen mit der Wiedereinführung eines „Citybusses“ entlang der ursprünglichen Route des 2A auf der Mariahilfer Straße zu koppeln.

Begründung

Die jahrelange Sperre der U2 zwischen Schottengasse und Karlsplatz stellt eine Verschlechterung der öffentlichen Mobilität vieler Bezirksbürgerinnen und Bezirksbürger in Mariahilf dar. Vorschläge den 2A oder/und eine Busersatzlinie zu schaffen, wurden unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, dass diese Sperre ja nur temporär bis zum Jahr 2023 erfolgen werde. Nun wurde diese Sperre bis zumindest Herbst 2024 verlängert, sodass die Betroffenen noch länger auf eine Wiederbenutzung der so wichtigen Tangentialverbindung warten müssen. Ein Ersatzverkehr würde hier nicht nur Abhilfe schaffen, sondern könnte auch mit der von den Bezirken Innere Stadt, Mariahilf und Neubau gewünschten Wiedereinführung des Citybusses gekoppelt werden.

Gerhard Hammerer



Umgestaltung Christian-Broda-Platz: Einbeziehung der Bürgerspitalgasse bis zur Matrosengasse und Schaffung neuer Radverkehrsverbindungen

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 18, MA 46 etc.) ersuchen, in Zusammenarbeit mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission bei der Umgestaltung des Christian-Broda-Platzes folgende Potenziale zu prüfen und das Ergebnis der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu präsentieren:

Einbeziehung der Bürgerspitalgasse im Abschnitt Christian-Broda-Platz bis Matrosengasse:

Umwandlung in eine Wohnstraße, Begegnungs- oder Fußgänger*innenzone

Anhebung des Fahrbahnneiveaus bis knapp unter Gehsteigniveau

Klimafitte Gestaltung mit maximaler Aufenthaltsqualität für einen größtmöglichen Teil des Straßenquerschnitts unter Berücksichtigung des Platzbedarfs der Lieferverkehre (Supermarkt Hofer, Hotel Leonardo)

Schaffung zusätzlicher Radverkehrsverbindungen:

Radfahren gegen die Einbahn in der Bürgerspitalgasse bis zum Christian-Broda-Platz (im Falle einer Wohnstraße ohnehin ex lege zulässig)

Radwegverbindung vom Gürtelradweg bis zum Beginn der Bürgerspitalgasse

Radwegverbindung entlang der inneren Gürtelfahrbahn vom stadtauswärts führenden Radweg der Inneren Mariahilfer Straße bis zum Beginn der Bürgerspitalgasse



Abbildung 1: Prinzipskizze einer möglichen Umgestaltung des Christian-Broda-Platzes unter Einbeziehung der Bürgerspitalgasse mit Schaffung neuer Radwegverbindungen. Grün schraffiert sind die Flächen, die für eine Neugestaltung mit maximaler Aufenthaltsqualität und Stadtklimawirkung zur Verfügung stehen.

Begründung

Es besteht keine Notwendigkeit für Durchzugsverkehr durch den obersten Abschnitt der Bürgerspitalgasse: Der dahinter liegende Abschnitt ist auf kürzerem Wege vom Mariahilfer Gürtel über die Aegidigasse und die Matrosengasse zu erreichen. Der oberste Abschnitt der Bürgerspitalgasse kann daher nach dem Vorbild der Otto-Bauer-Gasse problemlos in die Umgestaltung des Christian-Broda-Platzes einbezogen werden, wodurch sich proportional zur umzugestaltenden Fläche auch die Vorteile für das Stadtklima und die Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum vergrößern. Der notwendige Lieferverkehr für den Supermarkt (Hofer) und das Hotel (Leonardo) werden dadurch nicht beeinträchtigt. Die Umgestaltung würde auch die Attraktivität der zwei Lokale mit ihren Schanigärten steigern.



Eine direkte Radverbindung zwischen dem Gürtelradweg und der Bürgerspitalgasse würde den Umweg über die Mittelgasse und die Matrosengasse ersparen, der derzeit im Radverkehr auf vielen Fahrtrrelationen erforderlich ist. Die direkte Radverbindung zwischen der Inneren Mariahilfer Straße und der Bürgerspitalgasse wäre für die Essenzusteller*innen von Bedeutung, die zum und vom Restaurant „Peter Pane“ fahren und ansonsten dazu verleitet sind, diagonal über den Christian-Broda-Platz zu fahren.

Harald Buschbacher



Verlängerung der Ampelphasen für Zufußgehende bei U6 Station Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilfs möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 33, MA 46 etc.) zu beauftragen, an der Kreuzung Mariahilfer Gürtel / Gumpendorfer Straße eine Überprüfung auf Verlängerung der Grünphasen der Signallichtanlage für den Fußverkehr mit Berücksichtigung der Priorisierung von Bus- und Straßenbahnverkehr durchzuführen. Die Ergebnisse und die erwarteten Kosten einer Umsetzung für den Bezirk sollen der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission präsentiert werden.

Begründung

Die Grünphasen für Zufußgehende an der Kreuzung Mariahilfer Gürtel/ Gumpendorfer Straße entsprechen nicht dem hohen Fußverkehrsaufkommen, welches dort aufgrund der U-Bahn-Station sowie der Straßenbahn- und Bushaltestelle gegeben ist. Das führt dazu, dass sich regelmäßig große Trauben von Menschen an den Kreuzungen ansammeln, die darauf warten, die Straße überqueren zu können. Da die Gehsteigbreite für solche Ansammlungen jedoch nicht ausreichend groß ist, kommt es auch immer wieder zu Verzögerungen für den Straßenbahnverkehr. Eine Verlängerung oder Frequenzerhöhung der Grünphase für den Fußverkehr könnte hierfür Abhilfe schaffen.

Harald Buschbacher



Ampelschaltung Kreuzung Getreidemarkt / Linke Wienzeile

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46, MA 33 etc.) zu ersuchen, eine Verlängerung der Grünphase für Radfahrer*innen an der Kreuzung Linke Wienzeile / Getreidemarkt (bergab führende Richtungsfahrbahn) auf der Relation Friedrichstraße – Linke Wienzeile und vice versa zu prüfen, bei der die Dauer der darauffolgenden Räumphase auf ein der notwendigen Räumzeit von Radfahrer*innen angemessenes Ausmaß verkürzt wird. Die Ergebnisse und die erwarteten Kosten einer Umsetzung für den Bezirk sollen der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission präsentiert werden.

Begründung

Für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen bestehen für die Querung des Getreidemarkts (bergab führende Richtungsfahrbahn) getrennte Ampeln, die jedoch gleichzeitig von Grün auf Rot schalten. Da Radfahrer*innen aufgrund ihrer höheren Geschwindigkeit die Kreuzung wesentlich schneller räumen als Fußgänger*innen, bedeutet dies für Radfahrer*innen eine unnötig kurze Grün- und eine unnötig lange Rotphase. Das unnötig frühe Umschalten auf Rot bewirkt insbesondere, dass Radfahrer*innen, die beim Umschalten der vorangehenden Ampel (Friedrichstraße / bergauf führende Richtungsfahrbahn des Getreidemarkts) auf Grün losfahren, es in der Regel gerade nicht mehr über die bergab führende Fahrbahn des Getreidemarkts schaffen und eine ganze Ampelphase warten müssen. Die beantragte Änderung der Ampelschaltung wäre daher eine einfache Maßnahme zur Attraktivierung des Radverkehrs in Mariahilf und würde zur Erreichung der Verkehrsverlagerungsziele gemäß dem Wiener Klimafahrplan beitragen.

Harald Buschbacher

Ladezone Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. September 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 28, 46) zu ersuchen, die Ladezone vor Liniengasse 11 zu prüfen.

Begründung

Die Ladezone war ursprünglich für eine Supermarktkette gewidmet, zuletzt wurde sie von go2market genutzt. Das Gassenlokal steht seit dem Frühjahr 2023 leer, es findet keine Ladetätigkeit mehr statt. Seitens der Anrainerinnen und Anrainer wurde nun der Wunsch geäußert, die Ladezone zu überprüfen und gegebenenfalls aufzuheben.

Veronika Zimmermann

Anwohnerparken Stumpergasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. September 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 28, 46) zu ersuchen, die Möglichkeit zusätzlicher Anwohnerparkplätze im Bereich der Stumpergasse zwischen der Schmalzhofgasse und der Mariahilfer Straße zu prüfen.

Begründung

Der Wunsch wurde im Rahmen der Parkgespräche im August 2023 von Anrainerinnen und Anrainern geäußert. Aufgrund der Baustelle rund um den neuen Gemeindebau auf Höhe Stumpergasse 56 sind Parkplätze für die Anrainer weggefallen, diese sollen nun ersetzt werden.

Veronika Zimmermann

Wegweiser zum Raimundhof

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. September 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28) zu ersuchen, die Anbringung eines Wegweisers auf der Mariahilfer Straße zum Raimundhof zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung

Derzeit ist auf der Mariahilfer Straße für Passantinnen und Passanten nur schwer erkennbar, dass auf Höhe Ordnungsnummer 45 eine Durchgangsmöglichkeit zur Stiegengasse und dann weiter bis zum Naschmarkt existiert. Durch einen Wegweiser soll sowohl auf den Raimundhof als auch auf die Durchgangsmöglichkeit aufmerksam gemacht werden.

Karl Götde

Reinigung Hofmühlgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. September 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48) zu ersuchen, den Durchgang von der Linken Wienzeile entlang Hofmühlgasse 2 und 4 regelmäßig zu säubern.

Begründung

Der Wunsch wurde von Anrainerinnen und Anrainern an die ÖVP Mariahilf herangetragen. Der schmale Durchgang ist die direkte Verbindung zum Nahversorger des Grätzels, zwischen der Absperrung zur U-Bahn-Baustelle und dem Gehsteig liegen Zigarettenstummel und diverser Müll.

Maria Blazej

Errichtung von Sitzgelegenheiten an diversen Standorten in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksräatinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 28, etc.) zu ersuchen zu prüfen, ob die Aufstellung von Sitzgelegenheiten an folgenden Standorten möglich ist:

Kreuzung Schmalzhofgasse / Haydngasse	neben dem Verkehrsschild unter dem Baum
Kreuzung Schmalzhofgasse / Webgasse	neben dem Verkehrsschild unter dem Baum (Entfernung des Pollers)
Kreuzung Schmalzhofgasse / Stumpergasse	im Bereich der Telefonzelle
Webgasse vor ON 30	entlang der schräg verlaufenden Beeteinfassung

Das Ergebnis soll der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

Eine ausreichende Anzahl von Sitzgelegenheiten ist ein wesentliches Kriterium für einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Raum im dicht bebauten Stadtgebiet Wiens (siehe "Entwicklungsplan Öffentlicher Raum"). Mariahilf ist überdies ein Bezirk mit vielen bergauf laufenden Gassen, die von Fußgänger*innen stark frequentiert werden.

Die Errichtung von Sitzgelegenheiten an den in diesem Antrag genannten Standorten würde eine wesentliche Verbesserung und Erleichterung für die Fußgänger*innen bringen und damit die Freude an der Nutzung des öffentlichen Raumes erhöhen.

Anhang



Schmalzhofgasse / Haydngasse



Schmalzhofgasse / Webgasse



Webgasse ON 30



Schmalzhofgasse / Stumpergasse

Saubere und ökologische WC-Anlage im Nahbereich der Nevillebrücke

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2023 gemäß § 23 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (insb MA 48, MA 42, etc) zu ersuchen, die Möglichkeit zur Aufstellung einer umweltbewussten, ökologisch sinnvollen (mobilen) WC-Anlage (z.B. Öklo) im Nahbereich der Nevillebrücke (Therese Sip-Park) zu prüfen und dem Umweltausschuss zeitnah entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Begründung

Die Corona-Krise sowie die heißen Sommer der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig die optimale Nutzbarkeit von Parks für die Menschen im dichtverbauten Gebiet ist. Zu dieser optimalen Nutzbarkeit zählt auch eine ausreichend große Anzahl an sauberen WC-Anlagen, um den Aufenthalt in den Parks von Mariahilf möglichst angenehm zu gestalten. Eine ausreichend große Anzahl an (sauberen) WC-Anlagen stellt sowohl einen gesundheitlichen als auch einen sozialen Mehrwert für die Menschen im dichtverbauten innerstädtischen Bereich dar – sie ermöglicht es ausreichend Zeit im Freien bzw. im Grünen verbringen zu können, ohne den Aufenthaltsort unfreiwillig verlassen zu müssen, um WC-Anlagen an anderen Orten zu finden bzw. aufzusuchen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, im Nahbereich der beliebten Nevillebrücke eine WC-Anlage zur Verfügung zu stellen, da die Personen, die sich dort länger aufhalten wollen, derzeit keinerlei Ausweichoptionen in der Nähe vorfinden (weder in 1050 noch in 1060).

Jan LIEWEHR

Elisabeth KATTINGER

Bastian DE MONTE



Die Wiener
Volkspartei
Mariahilf

NEOS

Ausweitung Begrünung Linke Wienzeile

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der Mariahilfer Volkspartei und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität – Stadträtin Mag.a. Ulli Sima zu ersuchen im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss, die Begrünungsmaßnahmen an der Linken Wienzeile auszuweiten. Analog zu den bereits umgesetzten Maßnahmen zwischen Morizgasse und Pilgrambrücke, sollen nun weitere Pflanzungen im Bereich der Linken Wienzeile 78-86 und der Linken Wienzeile 94-96 umgesetzt werden.

Begründung

Im dicht verbauten Stadtgebiet ist es notwendig, jede Möglichkeit zur Begrünung zu nutzen. Entlang der Linken Wienzeile wurden schon einige Begrünungsmaßnahmen gesetzt, die sich in den vergangenen Jahren bewährt haben. Stadteinwärts gibt es möglicherweise weitere Standorte, um erdegebundene Pflanzungen in Betonfertigteilen zu realisieren.



Benennung des Platzes vor dem Raimundtheater nach Marta Eggerth

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der SPÖ Mariahilf, Grünen

und von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV
folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 7, u.a.) ersuchen, den Platz vor dem Raimundtheater nach Marta Eggerth zu benennen.

Begründung

Erst 1952 kehrte Marta Eggerth (* 17. 4. 1912 Budapest, Österreich-Ungarn; † 26. 12. 2013 Rye, New York) zum ersten Mal seit dem Krieg wieder nach Wien zurück und hatte besonders im „Zarewitsch“ am Raimundtheater viel Erfolg. Sie war eine österreichisch-ungarisch-amerikanische Operettensängerin und Filmschauspielerin.

1936 heiratete sie den polnischen Tenor Jan Kiepura. Das Paar lebte zu dieser Zeit in Wien - Marta Eggerth durfte wegen ihrer jüdischen Herkunft schon nicht mehr in Deutschland auftreten. Sie blieb bis zu ihrer Emigration eine der beliebtesten und erfolgreichsten Stars des deutschen und österreichischen Films der 1930er Jahre. Sie wurde hauptsächlich in Tonfilmoperetten und musikalischen Lustspielen besetzt. Der von ihr dargestellte Typ war der des „kecken Mädchens mit dem Herzen auf dem rechten Fleck“. Ihr Spiel war, wie ihr Aussehen, „einnehmend und artig“ (zit. wikipedia). Beispielhaft gelangen ihr Stimmungsumschwünge vom komödiantischen ins melodramatische, etwa in der Verfilmung der Emmerich Kálmán-Operette „Die Czardasfürstin“ aus dem Jahr 1934. Marta Eggerth war damit neben ihrer Landsmännin Gitta Alpár eine der wenigen erfolgreichen Vertreterinnen des so genannten SängerInnenfilms. 1938 emigrierten sie von Wien nach dem „Anschluss“ mit ihrem Mann über Frankreich nach New York. „Das Weggehen aus Wien hat furchtbar weh getan“, sagte Marta Eggerth fünfzig Jahre später. 2001 wurde sie mit dem Goldenen Rathausmann der Stadt Wien ausgezeichnet. 2002 erhielt sie das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.



Da die Hinterbliebenen Arik Brauers den ursprünglichen Vorschlag der Bezirksvertretung ablehnen, den Platz nach diesem Künstler zu benennen, wird er von den zuständigen Stellen der Stadt Wien auch nicht realisiert werden. Daher soll nun an die jüdische Künstlerin Marta Eggerth mit der Namensgebung erinnert werden. Die Anregung zur Benennung kommt seitens des Jüdischen Museums Wien; ihr soll damit Rechnung getragen werden.

Digitale Akteneinsicht

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 23 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin Ulli Sima zu ersuchen, Möglichkeiten zu prüfen bzw. gegenüber der Bezirksvertretung Auskünfte darüber zu erteilen, wie eine digitale Einsicht in die Akten der Ausschüsse und Kommissionen für Bezirksräte und Bezirksrättinnen in Mariahilf umgesetzt werden kann.

Begründung

Für Bezirksräte und Bezirksrättinnen ist es oft schwierig, neben dem Hauptberuf ausreichend Zeit zu finden, um vor/heben der Arbeit und zu Parteienverkehrszeiten in der Bezirksvorstehung vor Ort die jeweils aktuellen Unterlagen für die bevorstehenden Ausschüsse und Kommissionen zu sichten. Dies ist jedoch essentiell, um eine gute Vorbereitung für die bevorstehenden Sitzungen sicherzustellen. Demgegenüber würde eine Digitalisierung eine leicht umsetzbare und effiziente Lösung des vorliegenden Problems mit sich bringen: Mit der digitalen Akteneinsicht kann ein dezentraler Zugriff auf die gegenständlichen Aktenunterlagen ermöglicht werden.

Als Vorbild kann hier der Bezirk Alsergrund fungieren, in welchem auf Antrag der NEOS eine digitale Akteneinsicht bereits seit 2015 umgesetzt ist. Im Anhang finden sich ein Screenshot einer exemplarische (anonymisierte) Informationsmail, welche die Kommissions- bzw. Ausschussteilnehmer:innen vor einer Sitzung erhalten (mitsamt Links), sowie Screenshots der faktischen Umsetzung in der Cloud-Lösung.

Anhang

Exemplarisches E-Mail vor FA-Sitzung

Gesendet: Mittwoch, 12. Juni 2023 15:40
Betreff: Einladung und Tagesordnung_Finanzausschuss am 19.06.2023

Liebe Mitglieder des Finanzausschusses,

anbei darf ich Ihnen die Einladung für die kommende Sitzung am xx.xx.2023 übermitteln.

Die Unterlagen können unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://cloud.wien.gv.at/XXXXX>

Passwort: NN

I

Mit freundlichen Grüßen

N.N.

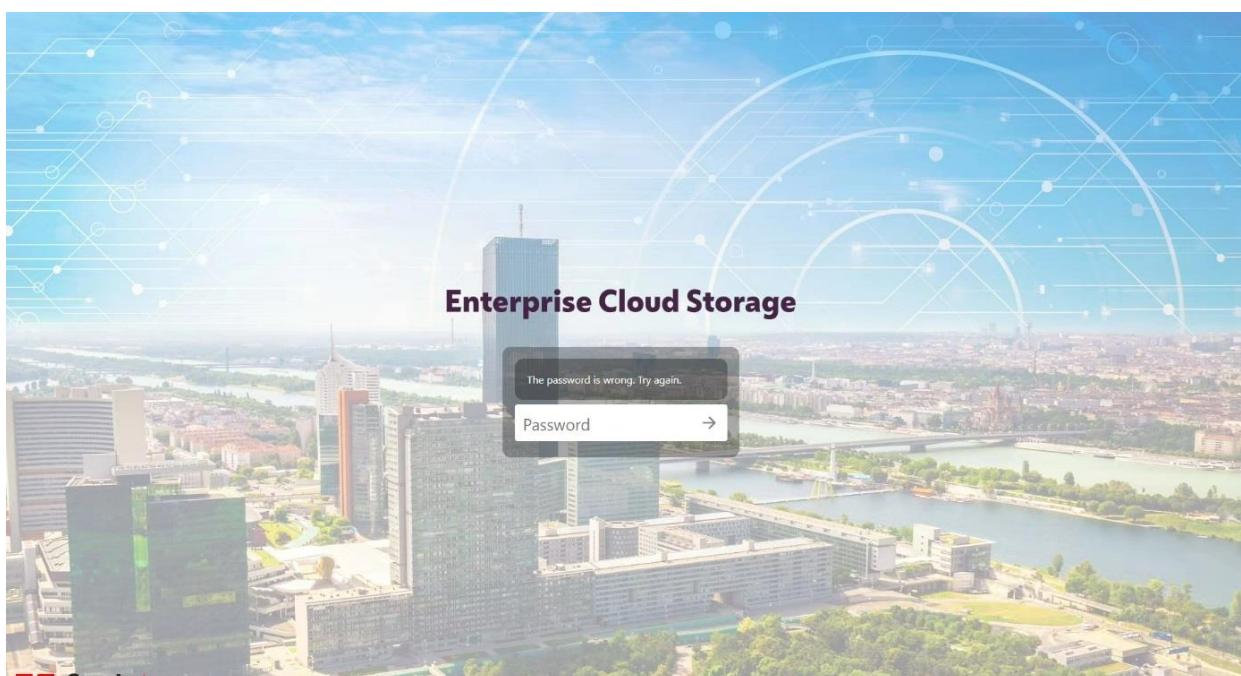


N.N.
Kanzleileitung

Bezirksvorstehung Alsergrund
1090 Wien, Währinger Straße 43

Telefon +43 1 4000 XXX
Fax +43 1 4000 XXX
E-Mail n.n@wien.gv.at

Umsetzung in der Cloud



The screenshot shows a web-based file manager interface. At the top, there's a header with the logo of the "Stadt Wien" (Vienna) and the text "Kommission für Bildung, Inklusion, Diversität und Soziales". Below the header, there's a navigation bar with icons for back, forward, search, and other functions. The main area displays a list of files and folders. The columns are labeled "Name", "Größe" (Size), and "Geändert" (Last modified). There are three entries under the "Name" column: "Subventionen 2021", "Subventionen 2022", and "Subventionen 2023". To the right of these, the sizes are listed as "190,6 MB", "127,7 MB", and "124,6 MB" respectively, with the last one being "vor 19 Stunden" (19 hours ago). At the bottom left, it says "3 Ordner" (3 folders) and at the bottom right, "442,9 MB". A button "Alle Dateien herunterladen" (Download all files) is located in the top right corner.

Name	Größe	Geändert
Subventionen 2021	190,6 MB	vor 2 Jahren
Subventionen 2022	127,7 MB	vor 9 Monaten
Subventionen 2023	124,6 MB	vor 19 Stunden

Jan LIEWEHR

Elisabeth KATTINGER

Bastian DE MONTE



Evaluierung und potenzielle Auflösung von Roller-Parkplätzen

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Mariahilf stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46, MA 28 etc.) zu beauftragen, die derzeitigen Parkplätze für Roller zu evaluieren. Bei Feststellung einer dauerhaften Nichtnutzung sollen diese Parkplätze aufgelöst und in Parkflächen für Autos umgewandelt werden.

Begründung

Beobachtungen und Rückmeldungen von Bürgern haben gezeigt, dass die eingerichteten Parkplätze für Roller ständig leer stehen und offensichtlich nicht genutzt werden. Diese ungenutzten Flächen stellen nicht nur eine ineffiziente Nutzung des städtischen Raums dar, sondern verursachen auch eine Beeinträchtigung für Autofahrer, die in diesem Bereich einen hohen Parkplatzbedarf haben. Eine Umwandlung der Roller-Parkplätze in Auto-Parkflächen würde die Parkplatzsituation erheblich verbessern und den Bedürfnissen der Anwohner und Besucher besser gerecht werden.



Anhang





Freihaltung geeigneter Flächen für Erdwärmbohrungen auf der Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 19, MA 20 etc.) zu ersuchen, bei der Planung der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße dafür zu sorgen, dass nach der Fertigstellung der Umgestaltungen nachträgliche Erdwärmbohrungen mit möglichst geringem Aufwand bzw. weitgehend ohne verlorene Investitionen der Umgestaltung möglich sind. Das bedeutet sowohl eine angemessene Anzahl an geeigneten Stellen für die Erdwärmbohrungen selbst (abseits von Einbauten unter der Straße, abseits von zu niedrigen Baumkronen über der Straße, für Bohrgeräte zugänglich), als auch eine Gestaltung der Straßenoberfläche mit entsprechenden Materialien, die durch ein nachträgliches Anlegen von Erdwärmesonden und Leitungen zu und von den Gebäuden möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden und mit möglichst geringem Aufwand wiederhergestellt werden können.

Begründung

Wie bereits in unseren vergangenen Anträgen zu einer möglichen Erdwärmeverwendung in der Gumpendorfer Straße ausgeführt wurde, stellen Erdwärmepumpen eine der besten Möglichkeiten zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung dar: Sie arbeiten wesentlich effizienter als Luftwärmepumpen und sind daher auch besser für nicht ganz so gut gedämmte Gebäude geeignet. Sie sind außerdem unabhängig von den begrenzten Potenzialen nachhaltiger Hochtemperatur-Fernwärme wie Tiefengeothermie, Müllverbrennung oder Kraft-Wärme-Kopplung mit „grünem Gas“. Mit der Erdwärmeverwendung einher geht die einzigartige Möglichkeit, Gebäude und sogar den öffentlichen Raum im Sommer zu kühlen und dabei die Wärme für den Winter zu speichern, anstatt den öffentlichen Raum mit Klimaanlagen-Abwärme noch

weiter aufzuheizen. Auch in der Dokumentation der Bürger*innen-Workshops zur Umgestaltung der Gumpendorfer Straße findet die Erdwärmesatzung Erwähnung¹.

Wir sind weiterhin der Ansicht, dass es am besten wäre, die Umgestaltung der Gumpendorfer Straße entsprechend unserer vergangenen Anträge unmittelbar dazu zu nutzen, Erdwärmesonden und ein Anergienetz bzw. Heat Harvesting zu realisieren. Sollte es jedoch für Stadt und Bezirk nicht in Frage kommen, dass die öffentliche Hand oder stadteigene Unternehmen in Vorleistung gehen und Infrastruktur errichten, die erst später sukzessive genutzt wird, so soll zumindest vermieden werden, dass auf die Lebensdauer der jetzt umzugestaltenden Straße Erdwärmesondierungen auf öffentlichem Grund verunmöglicht oder erschwert werden. Daher sollte zumindest dafür gesorgt werden, dass einzelne Interessent*innen auf möglichst wenig Kosten und Hindernisse stoßen, wenn sie nach Fertigstellung der Straße eine Erdwärmesondierung auf öffentlichem Grund realisieren wollen.

Anhang

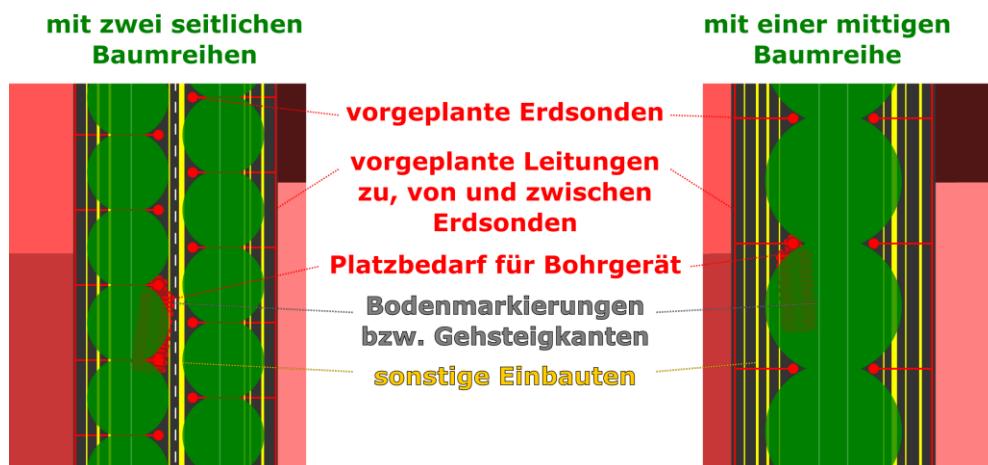


Abbildung 1: Schematische Darstellung einer möglichen Flächenfreihaltung für Erdwärmesondierungen und die dazugehörigen Leitungen bei einer Straßengestaltung mit zwei seitlichen Baumreihen (links) oder einer mittigen Baumreihe (rechts)

Harald Buschbacher & Gudrun Buschbacher

¹ https://mitgestalten.wien.gv.at/uploads/042c3a7a-211a-4a6e-9a40-8773648b9c97/phase_file/file/725a7494-f9ea-47dd-a945-003183a30843/Ergebnisse-Qualit%C3%A4tenKernthemen.pdf, S. 7 rechts unten: „Es soll darauf geachtet werden, dass alternative Energiegewinnung mitgedacht wird: Wo sind Fernwärmeleitungen? Bohrungen um Erdwärme zu gewinnen, Potenziale für Energiegemeinschaften“



Gehsteigverbreiterung bzw. Umgestaltung Fillgradergasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (z.B. MA 46) zu ersuchen, folgende zwei Varianten einer Verbesserung für Fußgänger*innen in der Fillgradergasse zu prüfen:

- a) Im untersten Abschnitt Entfernung der Bodenmarkierungen zum teilweisen Parken am Gehsteig und Anbringen eines Halteverbots an einer Straßenseite, sodass bei weitgehend unveränderter Fahrbahnbreite beide Gehsteige in voller Breite dem Fußgänger*innenverkehr zur Verfügung stehen
- b) Umsetzung der Klimateam-Einreichung „grüne fillgrader“¹ unabhängig von den im Rahmen des Klimateams umgesetzten Ideen.

Begründung

Im untersten Abschnitt der Fillgradergasse wird die gemäß Klimafahrplan der Stadt Wien flächendeckend vorgesehene Mindestgehsteigbreite von 2 Metern bei weitem nicht erreicht. Die Entfernung der Bodenmarkierungen am Gehsteig bzw. einer Parkspur ist eine schnelle und einfache Maßnahme. Auch für den Fall, dass es mit der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße zu noch weiter gehenden Veränderungen kommt, besteht hier kein Risiko wesentlicher verlorener Aufwände.

Im Rahmen des Mariahilfer Klimateams wurde ein äußerst professionell ausgearbeiteter Vorschlag einer weitreichenden Umgestaltung der Fillgradergasse eingereicht, der sehr gut den Anforderungen von Verkehrsberuhigung, Aufenthaltsqualität und klimafitter Stadtgestaltung entspricht. Ungeachtet möglicher Gründe für die Ablehnung im Rahmen des Klimateam-Prozesses (z.B.

¹ Einreichungstext unter <https://mitgestalten.wien.gv.at/de-DE/ideas/grune-fillgrader-1> abrufbar, detaillierte Plandarstellung unter https://mitgestalten.wien.gv.at/uploads/042c3a7a-211a-4a6e-9a40-8773648b9c97/idea_file/file/b5a1a17c-54f0-428c-8fa7-9cc43897be20/Fil20_Fillgradergasse_Mappe_A4_BV6_230523.pdf



Umsetzungszeitraum?) sollte diese Idee daher vom Bezirk aufgegriffen und eine Realisierung ins Auge gefasst werden.

Harald Buschbacher & Cornelia Winkler

Grünfläche Mollardgasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 42, 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, zu prüfen, welche Begrünungsmaßnahmen auf dem Gehsteig vor Mollardgasse Nr. 18 möglich sind.

Begründung

Gerade im dichtverbauten Stadtgebiet ist es in Zeiten des Klimawandels wichtig, jede Möglichkeit einer Begrünung zu nutzen, um der steigenden Stadterwärmung entgegenzuwirken und die Luftqualität zu verbessern. Der Gehsteig ist an gegenständlicher Adresse breit genug (siehe Abbildung), um Begrünungsmaßnahmen ohne Parkplatzverlust realisieren zu können.



Maria Blazej

Grünfläche Turmburggasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 42, 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, zu prüfen, welche Begrünungsmaßnahmen auf dem Gehsteig im Kreuzungsbereich Turmburggasse / Mollardgasse möglich sind.

Begründung

Gerade im dichtverbauten Stadtgebiet ist es in Zeiten des Klimawandels wichtig, jede Möglichkeit einer Begrünung zu nutzen, um der steigenden Stadterwärmung entgegenzuwirken und die Luftqualität zu verbessern. Anstatt der Poller (siehe Abbildung) sollen daher Begrünungsmaßnahmen geprüft werden.



Maria Blazej



Lückenschluss Wientalradweg am Flohmarkt-Parkplatz

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen (MA 19, 28, 46 etc.) zu ersuchen, bei der Umgestaltung des Flohmarktbereiches eine adäquate, gut erkenntliche und befahrbare Radwegverbindung zwischen den bestehenden Teilen des Wientalradweges inklusive einer Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Linke Wienzeile / Eggerthstraße zu berücksichtigen und umzusetzen.

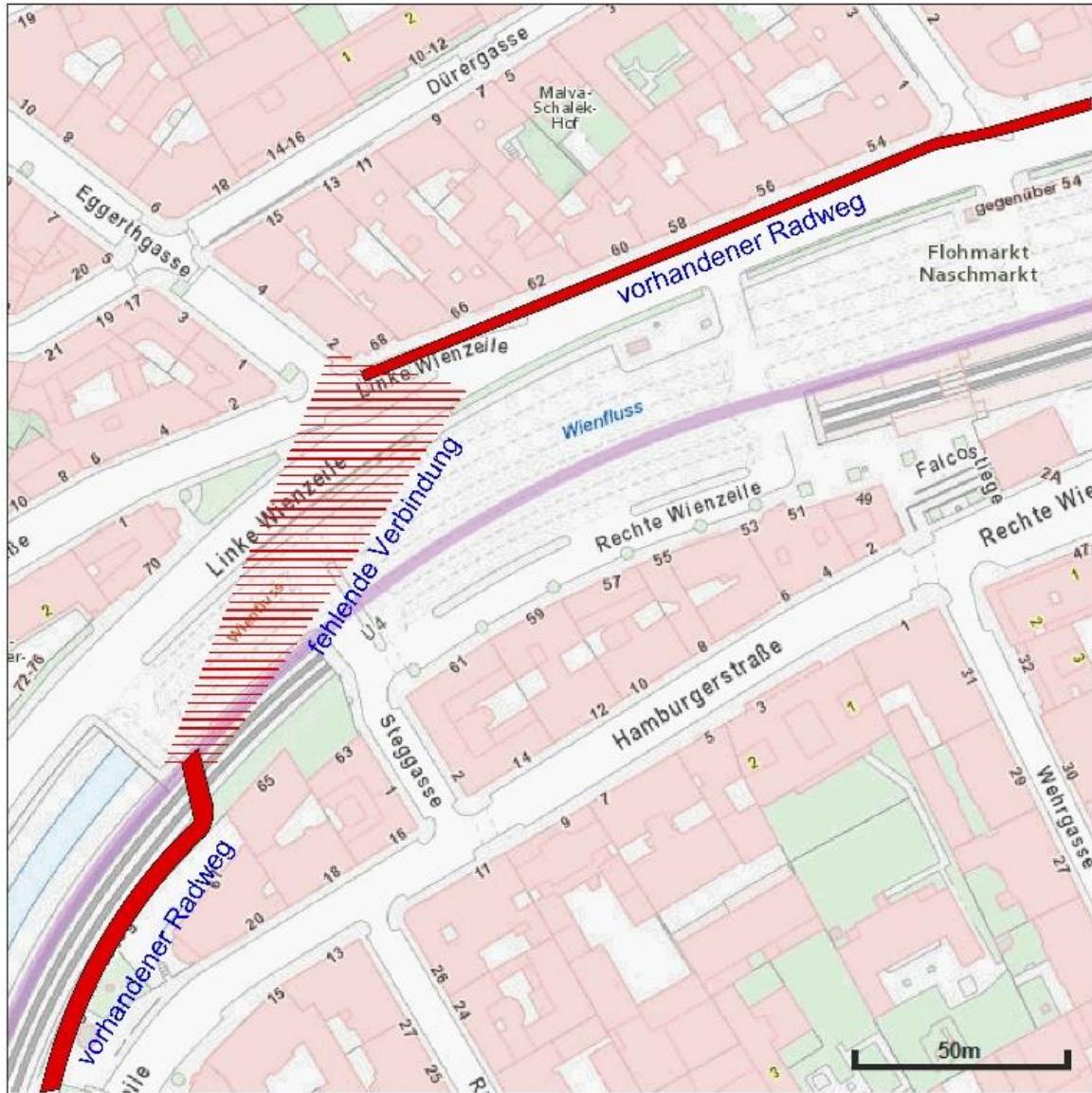
Begründung

Im Siegerprojekt des Wettbewerbes ist in diesem Bereich keine erkennbare Radwegverbindung enthalten. Der Wientalradweg, als eine der wichtigsten Radverkehrsachsen Wiens, weist hier derzeit eine Lücke auf, die unbedingt zu schließen ist.

In der Wettbewerbsausschreibung war dies auf Seite 36 mit der Formulierung „*Die der Radstrecke West zugehörige Radverbindung soll entsprechend ausgestattet und künftig als baulich getrennter, 4m (mind. 3,5m) breiter Radweg geführt werden ...*“ auch eindeutig gefordert.

Anhang

Plandarstellung schematisch



<https://www.wien.gv.at/stadtplan/>

Quelle: Stadt Wien – ViennaGIS <http://www.wien.gv.at/viennagis>

Friedrich Priesner

Pensionist*innenklubs

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirkvorsteher Markus Rumelhart im Zusammenwirken mit der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission zu ersuchen, die Schwerpunkte der Mariahilfer Pensionist*innenklubs im kommenden Jahr zu präsentieren.

Begründung

Laut Homepage der Stadt Wien werden in Mariahilf Klubs an zwei Standorten – Gumpendorfer Straße 117 bzw. Loquaiplatz 5 - betrieben. In der BV-Sitzung kann seitens der Seniorenbeauftragten nur eingeschränkt auf die Aktivitäten für die Seniorinnen und Senioren im Bezirk eingegangen werden. Daher sollen im Rahmen der Kommission die einzelnen Angebote sowie die Schwerpunkte für das kommende Jahr 2024 präsentiert und eine bessere Vernetzung aller Fraktionen erzielt werden.

Veronika Zimmermann



Prüfung von baulichen Maßnahmen an den Radüberfahrten des Radweges Linke Wienzeile

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Mariahilf stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46, MA 28 etc.) werden gebeten, die Radüberfahrten beim Radweg an der Linken Wienzeile darauf zu prüfen, wo die Implementierung von baulichen Maßnahmen möglich und effektiv wäre, um Radfahrer zu einer angemessenen Annäherungsgeschwindigkeit an den Überquerungen zu bewegen und somit die Unfallgefahr zu reduzieren. Insbesondere soll geprüft werden, ob und inwiefern der Einbau von Bodenwellen oder -rillen an wichtigen Stellen entlang des Radweges zur Geschwindigkeitsdämpfung beitragen kann.

Begründung

Trotz der Vorschrift, dass sich Radfahrer an ungeregelten Radfahrüberfahrten mit einer Geschwindigkeit von maximal 10 km/h nähern sollen, gibt es Berichte, dass diese Grenze oft überschritten wird, was zu einer erhöhten Unfallgefahr führt. Um die Sicherheit zu verbessern, ist es unerlässlich, dass an kritischen Punkten Maßnahmen getroffen werden, die eine angemessene Annäherungsgeschwindigkeit fördern.

Prüfung Bemalung Wohnstraßen in Mariahilf

Das unterfertigte Mitglied der Bezirksvertretung in Mariahilf stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge die zuständigen Stellen des Magistrats ersuchen (MA46 und MA28) in Zusammenarbeit mit der Bezirksentwicklungs und Mobilitätskomission zu prüfen unter welchen Bedingungen die Fahrbahn in Mariahilfer Wohnstraßen zur visuellen Kennzeichnung bemalt werden kann.

Begründung

Wohnstraßen sind von der Idee her ein gutes Konzept zur Verkehrsberuhigung von Nebenstraßen: in einer Wohnstraße darf nur zu oder abgefahren werden, und weil in einer Wohnstraße die Fahrbahn auch von Fußgänger*innen betreten werden darf und Kinder auf der Straße spielen dürfen, ist es Autos nur erlaubt im Schrittempo zu fahren.

Aber weil es den Autofahrer*innen leider oft an Kenntnis dieser Wohnstraßenregeln fehlt und weil das Straßenschild leicht übersehen werden kann, werden Wohnstraßen sehr oft zur Durchfahrt genutzt und auch die Geschwindigkeitsbeschränkung wird in der Praxis kaum eingehalten.

Straßenbauliche Maßnahmen wie Fahrbahnverengungen, Vorzeigung der Gehsteige können hier Abhilfe schaffen, stellen aber teuer und aufwändig. Eine Bemalung der Fahrbahn bietet hier eine günstige Alternative mit einer ähnlichen Wirkung, die den Autofahrer*innen signalisiert "mach mal langsam hier". In einigen Wiener Wohnstraßen ist die Bemalung schon zum Einsatz gekommen zum Beispiel in der Staglgasse-Gasgasse und in der Markgraf-Rüdiger-Straße-Langmaisgasse. In der Markgraf-Rüdiger-Straße ist ein dezentes und geschmackvolles Blumenmotiv zum Einsatz gekommen und laut den Initiator*innen vom Verein Space and Place hat "die Bemalung in zwei Richtungen eine Signalwirkung: als ebenso blumiger wie deutlicher Hinweis an Autofahrer*innen, die Wohnstraße nicht als Durchzugsstraße zu missbrauchen, und als freundliche Einladung an Fußgeher*innen, die Wohnstraße als solche zu nutzen."

In Mariahilf gibt es mit der Rahlgasse, der Münzwardeingasse, der Haydngasse, der Marchettigasse, der Sonnenuhrgasse, der Engertgasse, der Dürergasse, der Luftbadgasse, der Fügergasse und der Wallgasse doch einige Wohnstraßen wo das Konzept Bemalung ausprobiert werden kann.

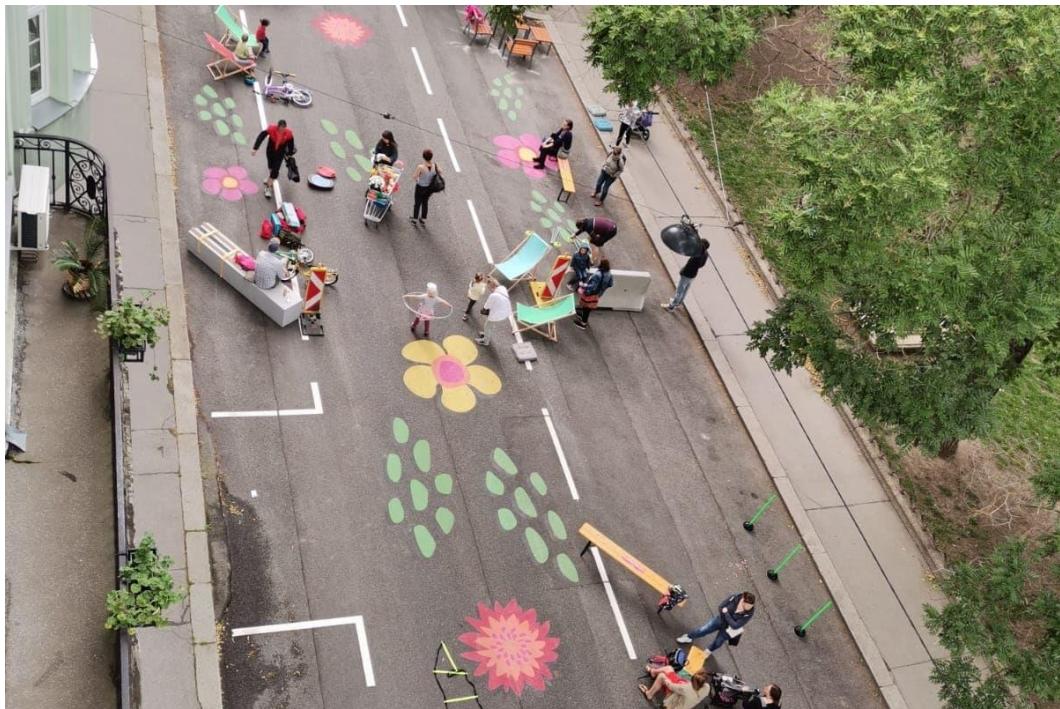
Dr. Carina Karner

LINKS

Quellen:

<https://spaceandplace.at/strassenbemalung>

<https://bm15blog.wordpress.com/2018/09/10/staglgasse-bemalte-wohnstrasse/>



Bemalte Mark-Graf-Rüdiger-Straße. Design von der Künstlerin Julia Scharinger-Schöttel

Begehung Schulen und Kindergärten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 10, MA 56) im Zusammenwirken mit dem Finanzausschuss zu ersuchen, eine Begehung der öffentlichen Mariahilfer Schulen und Kindergärten durchzuführen.

Begründung

Die Begehung der Schulen und Kindergärten wurde in früheren Perioden regelmäßig durchgeführt, Corona-bedingt aber zwischenzeitlich eingestellt. Sie sollen im Vorfeld der Budgetperlustrierung im Juni 2024 wieder Hinweise auf die Wünsche der Schulen bzw. Kindergärten sowie eventuelle Probleme geben. Gleichzeitig wird den Fraktionen die Möglichkeit eröffnet, ihre Ideen und Vorschläge vor Ort zu diskutieren.

Gerhard Hammerer

Schulprojekt Mittelgasse / Spalowskygasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteher Markus Rumelhart im Zusammenwirken mit der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zu ersuchen, einen Überblick über den Stand der Generalsanierung der Schulen Mittelgasse bzw. Spalowskygasse zu geben.

Begründung

Laut BV Markus Rumelhart plant die Stadt Wien die Arbeiten am Standort Mittelgasse im kommenden Jahr abzuschließen. Im Rahmen der Kommission sollen die Details zum Standort Mittelgasse, ein Ausblick auf die Sanierung am Standort Spalowskygasse sowie insbesondere die Entwicklung der Kosten präsentiert und erörtert werden.

Gerhard Hammerer



NEOS

Sichtbarmachung des Verkehrszeichens „Vorrang geben“ Mollardgasse / Morizgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 23 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (insb MA 46 etc) zu ersuchen, in Zusammenarbeit mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission mögliche Maßnahmen zur Sichtbarmachung des Verkehrszeichens „Vorrang geben“ an der Ecke Mollardgasse/Morizgasse zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.

Begründung

Durch Baumbepflanzungen entlang der Morizgasse wurde insofern eine Gefahrensituation an der Ecke zur Mollardgasse geschaffen, als Autofahrer, die sich aus der Morizgasse der Kreuzung zur Mollardgasse hin nähern, das Verkehrszeichen „Vorrang geben“ nicht oder nicht rechtzeitig sehen bzw. sehen können. Dies führt dazu, dass sie sich gegenüber links kommenden Autofahrern im Vorrang wähnen und in die Kreuzung einfahren, wogegen sich die von links kommenden Autofahrer zu Recht im Vorrang erachten. Anrainer berichten hier von regelmäßigen auftretenden Gefahrensituationen, in denen knapp ein Auffahrunfall verhindert werden konnte.

Es ist daher notwendig, rasch Maßnahmen zur Sichtbarmachung des Verkehrszeichens „Vorrang geben“ zu setzen. Die im Anhang beigefügten Bilder zeigen die (getrübte) Wahrnehmung aus unterschiedlichen Distanzpositionen.



NEOS

Anhang

Wahrnehmung aus etwas weiterer Distanz



Wahrnehmung aus näherer Distanz



NEOS



Wahrnehmung aus nächster Distanz





NEOS

Jan LIEWEHR

Elisabeth KATTINGER

Bastian DE MONTE

Errichtung von Tischtennistischen in Mariahilfer Parks

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 42, etc.) zu ersuchen, die Möglichkeit der Errichtung jeweils eines Tischtennistisches in nachstehenden Parks zu prüfen:

- Minna-Lachs-Park
- Alfred-Grünwald-Park
- Schmalzhoftempelpark

Das Ergebnis soll der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

Die Mariahilfer Parks sind beliebter Aufenthaltsort für verschiedenste Nutzer*innengruppen und sollten daher auch verschiedenste Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten bieten. In den oben genannten Parks fehlt die Möglichkeit, Tischtennis spielen zu können. Diese Sportart ist besonders in den dicht bebauten Bezirken eine gute und sehr beliebte Möglichkeit zu Bewegung.

Es sollte daher geprüft werden, ob dem Wunsch nach der Errichtung von Tischtennistischen in den erwähnten Parks nachgekommen werden kann.

Elisabeth KATTINGER

Jan LIEWEHR

Bastian DE MONTE

Überprüfung Verkehrssicherheit

Schmalzhofgasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 46, MA 28) zu ersuchen, eine Überprüfung der Verkehrssicherheit in der Schmalzhofgasse, besonders bei den Einmündungen der Hirschengasse und der Hugo-Wolf-Gasse, sowie an der Ecke zur Otto-Bauer-Gasse zu veranlassen.

Begründung

In der Schmalzhofgasse kommt es immer wieder zu Konfliktsituationen der Verkehrsteilnehmer*innen beim Einmünden aus der Hirschengasse und der Hugo-Wolf-Gasse, aber auch beim Einmünden der Schmalzhofgasse in die Otto-Bauer-Gasse. Eine Verbesserung der Sichtbarkeit der geltenden Vorrangregelung, bzw. eine Veränderung derselben, sowie diesbezügliche Maßnahmen, wie z.B. Piktogramme, etwaige Vorrang- bzw. Stopp-Tafeln etc. sollen bei einer Verkehrsüberprüfung im Hinblick auf die Sicherheit evaluiert und in weiterer Folge umgesetzt werden.



Die Wiener
Volkspartei
Mariahilf

NEOS

BV-Sitzungen im Veranstaltungszentrum Mariahilf

Die unterzeichneten Bezirksräte*innen der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der Mariahilfer Volkspartei und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Herrn Bezirkvorsteher Markus Rumelhart zu ersuchen, die Sitzungen des Mariahilfer Bezirksparlaments bei Verfügbarkeit (nach der Beendigung der Sanierungsarbeiten) hinkünftig im Veranstaltungszentrum Mariahilf (6., Königseggasse 10) durchzuführen.

Begründung

Die Einführung der Live-Stream Übertragung hat neue Rahmenbedingungen für die Sitzung des Mariahilfer Bezirksparlaments gebracht. Die dazu benötigte Technik hat den Arbeitsplatz für die Mariahilfer Mandatar*innen erheblich eingeschränkt, da nicht genügend Tische im Festsaal aufgestellt werden können. Die Abhaltung der Mariahilfer BV-Sitzung im Veranstaltungszentrum Mariahilf, würde die Arbeitsumgebung und das Arbeitsklima für alle Mariahilfer Mandatar*innen deutlich verbessern. So wäre ein uneingeschränktes Arbeiten wieder möglich.

Verbesserungsmaßnahmen 57A

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, über den Stand der Pläne für Verbesserungsmaßnahmen bei der Linie 57A zu berichten.

Begründung

In den letzten Jahren wurden eine Reihe von Anträgen zur Verbesserung der Autobuslinie 57A trotz eines einstimmigen Beschlusses im Bezirksparlament seitens der Wiener Linien zurückgewiesen. Im Rahmen der Kommission sollen mit Vertretern der Wiener Linien die Gründe erläutert bzw. die Pläne und Verbesserungsmaßnahmen der Wiener Linien zur Linie 57A im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße erörtert werden.

Marcel Flitter

Verkehrssicherheit Esterhazygasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 46, MA 28) zu ersuchen, eine Optimierung der Verkehrssicherheit in der Esterhazygasse im Bereich Damböckgasse bis Mariahilfer Straße zu prüfen und umzusetzen. Die Evaluierung soll ihren Fokus auf mehr Gehwegs- und Verkehrssicherheit, vor allem für Fußgeher*innen, legen und zudem die Zufahrten von Einsatzfahrzeugen, Anrainer*innen und ansässigen Gewerbebetrieben verbessern.

Begründung

Der zur Mariahilfer Straße gewandte Bereich ist bisher, im Gegensatz zur restlichen Gasse, in beide Richtungen befahrbar. Im genannten Bereich der Esterhazygasse kommt es aufgrund der hohen Frequenz der Parkplatz-Suchenden und anderer Nutzergruppen immer wieder zu Blockaden der Zufahrt. Besonders für Einsatzfahrzeuge kann das zu größeren Verzögerungen führen. Auch die Lade- und Anlieferungszonen der ansässigen Betriebe und die Garagenzufahrten der Anrainer*innen werden mitunter behindert, da die Gasse aufgrund der beidseitig situierten Stellplätze zu eng ist, um einen geregelten Fluss der Zu- und Abfahrten zu gewährleisten.

Eine Evaluierung der Verkehrs- und Parkplatzsituation ist zu veranlassen, wobei Anrainer*innen-Parkplätze, sowie Ladezonen möglichst erhalten bleiben sollen.



Verkehrssicherheitsmaßnahmen

entlang des Radwegs an der Linken Wienzeile

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46 etc.) zu ersuchen, folgende Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit entlang des Radwegs an der Linken Wienzeile zu prüfen und der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission über die Ergebnisse zu berichten:

1. Einfärbung des Radwegs an den Radfahrüberfahrt, wo dies noch nicht gegeben ist (Kreuzungen mit Millöckergasse, Stiegengasse und Joanelligasse)
2. Piktogramme für von der Linken Wienzeile über den Radweg in den Bezirk einbiegende Lenker*innen, die darauf hinweisen, dass der Radweg in beiden Richtungen befahren wird (Vorbild Kreuzung Margaretenstraße – Paulanergasse, Foto siehe Anhang)
3. Spürbare Aufdoppelung der Radfahrüberfahrten bis auf Gehsteigniveau wo dies noch nicht vorhanden ist (überall ausgenommen Stiegengasse)
4. Anbringen des Verkehrszeichens „Halt“ (Stopptafel) in den in die Linke Wienzeile nicht ampelgeregelt einmündenden Einbahnen (Girardigasse und Joanelligasse) mit einer Haltelinie vor der Radfahrüberfahrt
5. Aufbringen des Gefahrenzeichens „Fußgänger*innenübergang“ vor den ungeregelten Schutzwegen über den Radweg (wo nicht bereits vorhanden)
6. Schaffung einer Abbiegespur von der Linken Wienzeile in die Laimgrubengasse in einer der folgenden Varianten:
 - a) Durch eine Verschwenkung der geradeaus führenden Fahrspuren zum Naschmarkt hin
 - b) Durch eine Reduktion von zwei auf eine geradeaus durchgehende Fahrspur im Bereich dieser Kreuzung
7. Schaffung einer Einbiegespur von der Girardigasse in die Linke Wienzeile, um sicherzustellen, dass sich einbiegende Lenker*innen auf querende Radfahrer*innen konzentrieren können und vor dem Einbiegen in die Linke Wienzeile nicht neuerlich anhalten müssen und dabei den Radweg behindern. Auch für diese Variante sollten zwei Varianten geprüft werden:



- a) Durch eine Verschwenkung der geradeaus führenden Fahrspuren zum Naschmarkt hin bzw. durch eine Verlegung der vorhandenen, vom Naschmarkt weg führenden Verschwenkung bis hinter die gegenständliche Kreuzung
 - b) Durch eine Reduktion von zwei auf eine geradeaus durchgehende Fahrspur im Bereich dieser Kreuzung
8. Schaffung einer Einbiegespur von der Joanelligasse in die Linke Wienzeile durch Auflassung einiger Kfz-Stellplätze an der in Fahrtrichtung rechten Seite der Linken Wienzeile

Begründung

Zur Unfallstatistik¹:

Der Radweg entlang der Linken Wienzeile weist eine intensive Nutzung auf, sowohl für Alltagswege der in der näheren und weiteren Umgebung wohnenden oder arbeitenden Menschen, als auch durch zahlreiche Essenzusteller*innen. Dieser 2019 erfolgte Lückenschluss ist aus dem Radwegenetz nicht mehr wegzudenken.

Eine Schattenseite dieser Erfolgsgeschichte ist aber, dass es in den drei ganzen Kalenderjahren nach Inbetriebnahme des Radwegs (2020-2022) im gegenständlichen Abschnitt zu 39 amtlich registrierten Unfällen mit Personenschäden und Beteiligung von Radfahrer*innen gekommen ist. 26 bis 27 davon haben sich an den Stellen ereignet, die von den vorgeschlagenen Maßnahmen betroffen wären. Die übrigen betreffen Fahrrad-Fahrrad-Unfälle (davon 3 im Bereich des westlichen Radwegendes bei Eggerthgasse/Magdalenenstraße und 2 abseits von Kreuzungsbereichen), 3 Fahrrad-Pkw-Unfälle an der ampelgeregelten Kreuzung mit dem Getreidemarkt, Fahrrad-Fußgänger*innen-Unfälle (insgesamt 6 Unfälle, davon 3-4 abseits von Kreuzungsbereichen) und einen Fahrrad-Pkw-Unfall an der ampelgeregelten Kreuzung Linke Wienzeile Millöckergasse.

Die größten Anteile am Unfallgeschehen machen Unfälle zwischen Radfahrer*innen und aus dem Bezirk kommend in die Linke Wienzeile einbiegenden Fahrzeugen aus, gefolgt von Unfällen mit aus der Linken Wienzeile in den Bezirk abbiegenden Fahrzeugen. Bei letzteren dominieren die Unfälle mit entgegenkommenden, also stadteinwärts fahrenden Radfahrer*innen, während nur ein einziger Unfall die

¹ Quelle: Verkehrsunfallkarte der Statistik Austria: <https://www.statistik.at/atlas/verkehrsunfall/>



aufgrund der schlechten Sichtverhältnisse besonders „gefürchtete“

Konstellation von rechts einbiegendem Pkw und in gleicher Richtung geradeaus fahrendem Fahrrad betrifft.

Die mit durchgehender Aufdoppelung und Abbiegespur versehene Kreuzung des Radwegs mit der Stiegengasse weist nur zwei Unfälle im Betrachtungszeitraum auf, die ansonsten vergleichbare Kreuzung mit der Laimgrubengasse hingegen sieben, von den aus dem Bezirk heraus führenden Einbahnen die Joanelligasse sechs und die Girardigasse elf.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen:

1. Durch das Einfärben des Radwegs wird das Risiko verringert, dass der Radweg von querenden Lenker*innen gänzlich übersehen wird.
2. Durch das Piktogramm sollen Lenker*innen darauf aufmerksam gemacht werden, dass in beiden Richtungen mit Radfahrer*innen zu rechnen ist. Die unerwartet große Zahl an Kollisionen zwischen in den Bezirk hinein abbiegenden Fahrzeugen und entgegenkommenden Radfahrer*innen - eine Situation mit grundsätzlich günstigen Sichtverhältnissen - deutet darauf hin, dass viele Lenker*innen aus einer Rechtsverkehrslogik heraus nicht mit entgegenkommenden Radfahrer*innen rechnen.
3. Aufdoppelungen reduzieren die Geschwindigkeit der querenden Fahrzeuge und verdeutlichen den querenden Radweg.
4. Stopptafeln bei den aus dem Bezirk kommend in die Linke Wienzeile einbiegenden Straßen würden die Häufigkeit vermindern, mit der Lenker*innen unachtsam bis auf den Radweg fahren und dort erst Ausschau halten, ob das Einbiegen in die Linke Wienzeile möglich ist.
5. Vielen Radfahrenden, aber auch Fußgänger*innen ist nicht bewusst, dass die Schutzwege über den Radweg bei Schleifmühlgasse und Kettenbrückengasse nicht in die Ampelregelung der Fahrbahn einbezogen sind, den Fußgänger*innen von den Radfahrer*innen also ungeachtet der Ampelphase immer das unbehinderte und gefahrlose Queren des Radwegs ermöglicht werden muss. Darauf sollte daher so intensiv wie möglich hingewiesen werden.
6. Die vergleichsweise geringen Unfallzahlen an der Kreuzung mit der Stiegengasse deuten darauf hin, dass von einer Abbiegespur aus vorsichtiger und langsamer eingebogen wird als von der durchgehenden Fahrspur. Das könnte daran liegen, dass Lenker*innen sich auf der durchgehenden Fahrspur eher gedrängt fühlen, rasch einzubiegen, um den nachfolgenden Verkehr nicht aufzuhalten.
7. Eine Einbiegespur hätte den Vorteil, dass einbiegende Lenker*innen nicht bei bzw. vor dem Einbiegen darauf achten müssen, dass sich auf der Linken

Wienzeile kein Fahrzeug nähert. Sie müssen daher beim Queren des Radwegs nicht auch noch nach Fahrzeugen Ausschau halten, die sich auf der Fahrbahn der Linken Wienzeile nähern, und können sich besser auf den Zweirichtungsradweg konzentrieren. Zusätzlich entfallen dadurch die Situationen, in denen Fahrzeuge am Radweg anhalten und diesen blockieren, weil sich zwischenzeitlich auf der Linken Wienzeile ein Fahrzeug nähert, das am Einbiegen hindert.

8. Siehe 7.

Anhang

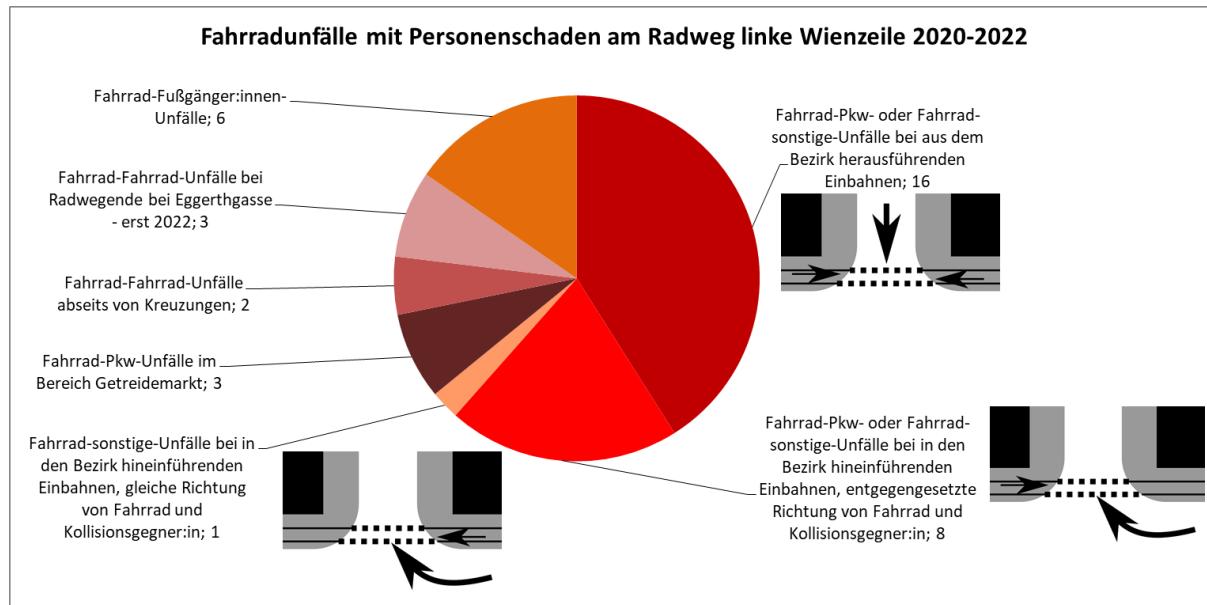


Abbildung 1: Fahrradunfälle mit Personenschaden am Radweg Linke Wienzeile 2020-2022 nach Unfalltyp und Kategorie der Örtlichkeit

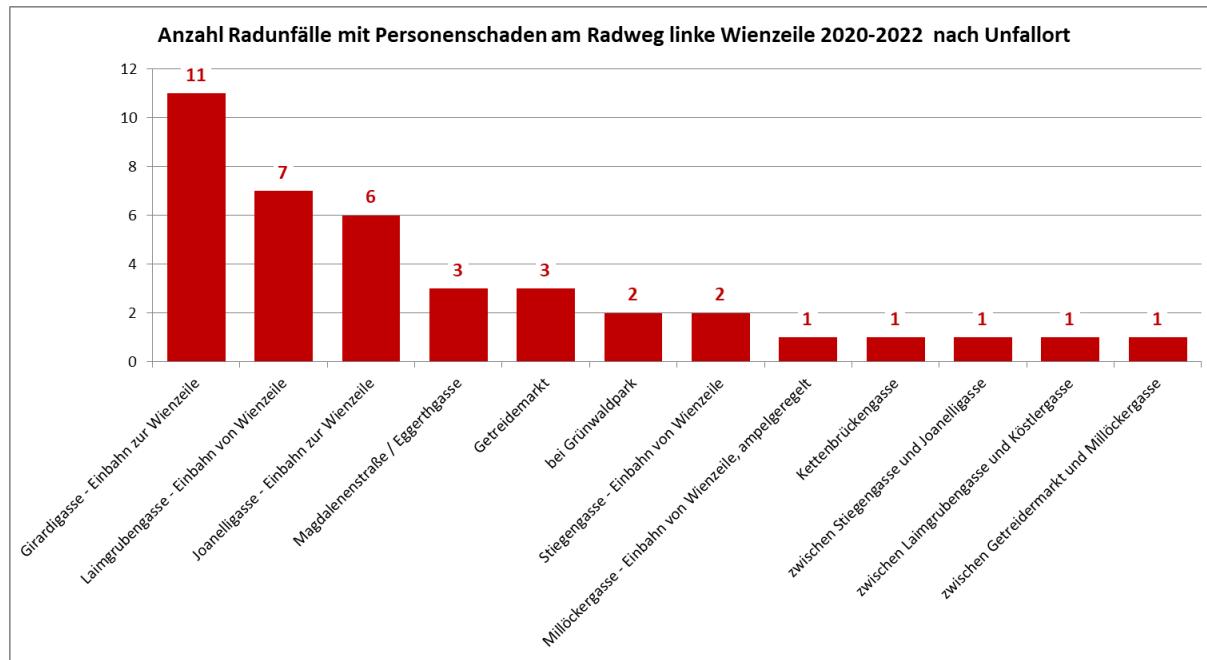


Abbildung 2: Fahrradunfälle mit Personenschaden am Radweg Linke Wienzeile 2020-2022 nach Unfallort



Abbildung 3: Vorbild für Piktogramm aus Sicht der einbiegenden Fahrzeuge zum Hinweis auf den Zweirichtungsradweg: Kreuzung Margaretenstraße / Paulanergasse

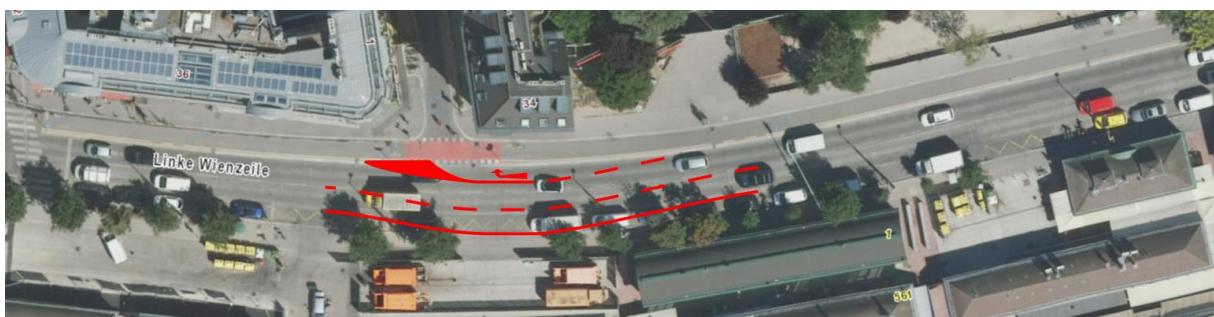


Abbildung 4: Schaffung einer Einbiegespur in die Laimgrubengasse durch Verschwenkung der geradeaus fühlenden Fahrbahnen.

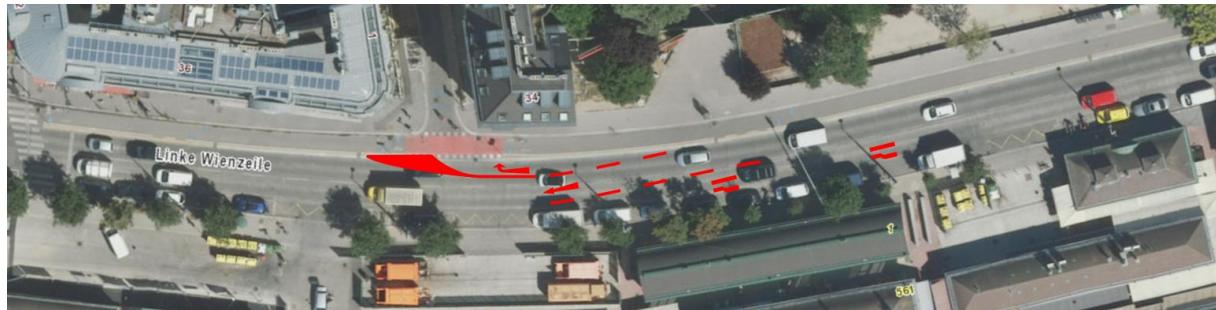


Abbildung 5: Schaffung einer Einbiegespur in die Laimgrubengasse durch Reduktion der Anzahl geradeaus führender Fahrspuren von zwei auf eine.

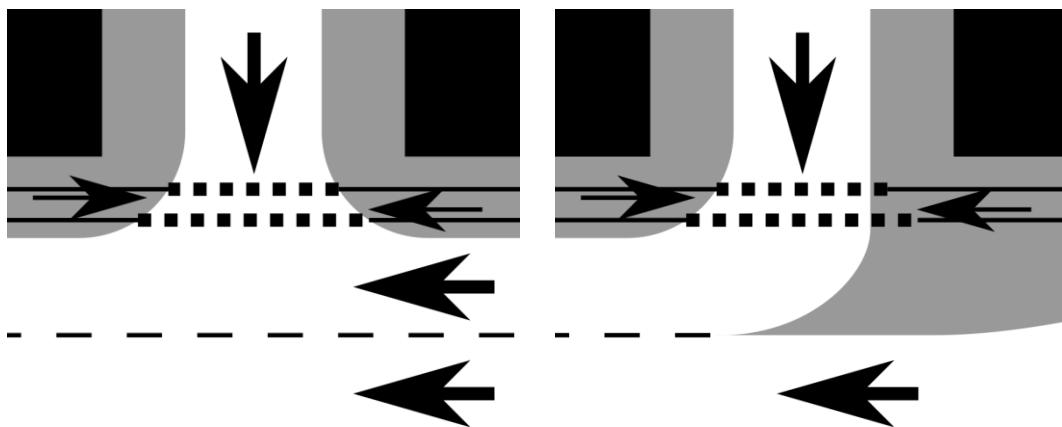


Abbildung 6: links: Status Quo, rechts: Mit neuer Einbiegespur.



Abbildung 7: Schaffung einer Einbiegespur von der Girardigasse durch Verschwenkung der geradeaus fühlenden Fahrbahnen.



Abbildung 8: Schaffung einer Einbiegespur von der Girardigasse durch Reduktion der Anzahl geradeaus führender Fahrspuren von zwei auf eine.



Abbildung 9: Schaffung einer Einbiegespur von der Joanelligasse.

Harald Buschbacher & Gudrun Buschbacher

Errichtung eines Zebrastreifens über die Mollardgasse bei der Turmburggasse

Die unterzeichnenden Bezirksräatinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 46, etc.) zu ersuchen, die Möglichkeit der Errichtung eines Fußgeherüberganges (Zebrastreifens) über die Mollardgasse im Bereich Turmburggasse zu prüfen.

Das Ergebnis soll der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

Durch die Turmburggasse führt der direkte Schulweg vieler Schulkinder von der U4 zu mehreren Schulen in diesem Bereich Mariahilfs. Auch befinden sich einige Kindergärten in diesem Gebiet. Von zahlreichen Eltern wurde uns berichtet, daß das Überqueren der Mollardgasse im Bereich der Turmburggasse eine Gefahrenquelle für die Kinder darstellt und man sich hier einen Zebrastreifen wünscht.

Im Sinne der Schulwesicherheit sollte hier daher die Möglichkeit eines Fußgeherübergangs geprüft und ggf realisiert werden.

Anhang



Bücherschrank Oskar-Werner-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14. Dezember 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteher Markus Rumelhart im Zusammenwirken mit der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zu ersuchen, die Aufstellung eines offenen Bücherschranks am Oskar-Werner-Platz zu prüfen.

Begründung

Nachdem ein erster offener Bücherschrank beim Schmalzhoftempelpark erfolgreich umgesetzt wurde, sollten weitere Standorte geprüft werden. Im Rahmen der Kommission soll konkret eine Realisierung am Oskar-Werner-Platz erörtert werden.

Veronika Zimmermann



Bezirksvertretung Mariahilf gegen

Antisemitismus

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Mariahilf stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 19 Abs.5 GO BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf bekennt sich entschieden gegen Antisemitismus und missbilligt nachdrücklich das Hissen einer palästinensischen Fahne an der „Rosa Lila Villa“ am 21. Oktober 2023, an einem Gebäude im Eigentum der Stadt Wien. Diese Handlung fördert nicht nur den Antisemitismus, sondern kann auch fälschlicherweise als Zustimmung zu den terroristischen Aktionen der Hamas am 7. Oktober 2023 interpretiert werden.

Darüber hinaus verurteilt die Bezirksvertretung Mariahilf entschieden die regelmäßig auf der Mariahilfer Straße stattfindenden antisemitischen Kundgebungen, bei denen antisemitische Parolen skandiert werden. Diese Kundgebungen, die zu gesellschaftlichen Spannungen beitragen, werden von der Bezirksvertretung Mariahilf entschieden abgelehnt und widersprechen den Grundsätzen eines friedlichen Zusammenlebens in unserem Bezirk.

Begründung

Angesichts des alarmierenden Anstiegs antisemitischer Vorfälle in Österreich im Jahr 2023, der in direktem Zusammenhang mit dem eskalierenden Konflikt im Nahen Osten und insbesondere den Terroraktionen der Hamas gegen Israel steht, sieht die Bezirksvertretung Mariahilf eine dringende Notwendigkeit, entschieden zu handeln. Das Hissen der palästinensischen Fahne aus dem Fenster der „Rosa Lila Villa“ direkt nach den brutalen Terroranschlägen der Hamas auf israelische Zivilisten, ist ein Akt, der nicht nur den Antisemitismus fördert, sondern auch fälschlicherweise als Zustimmung zu diesen Terroranschlägen interpretiert werden könnte.



Dieses Vorgehen der Betreiber der „Rosa Lila Villa“ ist völlig inakzeptabel und stellt eine ernsthafte Gefahr für den sozialen Frieden und die Sicherheit in der Einrichtung sowie im gesamten Bezirk Mariahilf dar. Als Betreiber einer Einrichtung, die von der Stadt Wien unterstützt wird, haben sie die Pflicht, Handlungen zu unterlassen, die zu gesellschaftlichen Spannungen beitragen könnten. Ihre Entscheidung, ein solches Symbol direkt nach diesen feigen und grausamen Taten zu präsentieren, steht in klarem Widerspruch zu den Werten der Toleranz und des Respekts, die sie vertreten sollten.

Die antisemitischen Kundgebungen auf der Mariahilfer Straße verschärfen diese Situation weiter. Sie schüren Hass und Intoleranz und sind ein klarer Verstoß gegen die Werte des friedlichen Zusammenlebens und der gegenseitigen Achtung in Mariahilf. Die Bezirksvertretung Mariahilf fordert daher entschiedenes Handeln, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern und die Sicherheit und den sozialen Frieden im Bezirk zu gewährleisten.

Resolution gegen jeden Antisemitismus, gegen jeden Rassismus und gegen jede Queerfeindlichkeit

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich gegen jeden Antisemitismus, gegen jeden Rassismus und gegen jede Form der Queerfeindlichkeit aus. Die Bezirksvertretung steht für Menschlichkeit ein und insbesondere für die Empathie und den Schutz von Jüd:innen und allen Menschen die von Rassismus und Queerfeindlichkeit betroffen sind.

Begründung

Nach dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf schutzlose Zivilist:innen in Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden brutalen Krieg in Gaza, beobachten wir mit Schrecken den Anstieg von Angriffen auf Jüd:innen und jüdische Einrichtungen in Österreich, die sich seit Anfang Oktober bereits verdreifacht haben.

Der gelegte Brand und die Hakenkreuzschmierereien im jüdischen Teil des Zentralfriedhofes sind dabei nur ein Beispiel, andernorts kam es zu eingeschlagenen Fensterscheiben in einer koscheren Bäckerei, Social Media Posts die die Shoah glorifizieren, gewaltverherrlichenden Beschimpfungen am Schulhof und antisemitischen Rufen auf Demonstrationen auch bei uns im Bezirk, auf der Mariahilfer Straße.

Gleichzeitig beobachten wir aber auch dass der Krieg in Nahost zunehmend dafür genutzt wird um eine rassistische und queerfeindliche Stimmung zu schaffen, wie es bei der Debatte um die Rosa-Lila-Villa passiert ist, unserem queeren Community Center in Mariahilf, in dem auch Geflüchtete wohnen und in dem sich wichtige Asylberatungstellen befinden.

Nachdem ein:e Bewohner:in der Rosa-Lila-Villa, eine Palästina Flagge aus deren privaten Fenster hing, um deren Unterstützung für die Kriegsopfer in Gaza zu zeigen, wurde die Villa in den letzten Monaten immer wieder von der FPÖ attackiert und als antisemitisch bezeichnet. Diese Anschuldigen sind als Versuch der Delegitimierung dieser wichtigen Einrichtung zu werten. Das Statement der Rosa-Lila-Villa macht das mehr als deutlich. Wir wollen es hier nicht gänzlich wiederholen, aber geben diese Zeilen mit, die auch als Richtschnur für das Miteinander im Bezirk dienen können: "Wir glauben daran, dass Palästinenser*innen und Israelis gleiche Rechte auf Leben, Freiheit und Sicherheit haben. Dies sind Grundrechte aller Menschen. Wir dürfen uns nie daran gewöhnen, dass die Menschenrechte einer Gruppe wegen bestimmter intersektionaler Merkmale ihrer Identität verletzt werden. Und wir müssen auf der Seite von jenen stehen, deren Menschenrechte verletzt werden."

Dr. Carina Karner

Sandro Beer

Dr. Andrea Nussbaumer

Quellen

<https://www.derstandard.at/story/3000000194727/angst-vor-uebergriffen-in-oesterreich-fuenf-juedinnen-und-juden-erzaehlen>

<https://www.derstandard.at/story/3000000193382/brand-am-juedischen-friedhof-in-wien>

<https://dievilla.at/tipp-verein/im-kern-unserer-identitat-liegt-gleichberechtigung-2/>

https://www.meinbezirk.at/mariahilf/c-politik/wiener-fpoe-fordert-foerderstopp-fuer-rosa-lila-villa_a6337850